

Antworten zu den Wahlprüfsteinen des BUND, Ortsverband Marburg zur Kommunalwahl am 14. März 2021, Renate Bastian, Kandidatin für das Amt des Oberbürgermeisters

1. Wie stehen Sie zur Windenergienutzung auf den Marburger Vorrangflächen? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie ggf., um die Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen auf den Marburger Vorrangflächen voranzutreiben? Welche Rolle spielen die Stadtwerke in Ihren Plänen?

Grundsätzlich spricht sich die Marburger Linke nachdrücklich für ein Mix an regenerativen Energien aus. Windenergie ist sicherlich eine der bedeutenden Energiequellen. Im Klimaaktionsplan der Stadt Marburg, der von der Marburger Linken mitgetragen wird, ist dies als eine Form der alternativen Energiegewinnung vorgesehen.

Bereits 2011 hatte die hessische Landesregierung vereinbart, dass zwei Prozent Hessens für Windkraft reserviert werden und alle Gemeinden mit ausreichend Wind, Flächen ausweisen sollen. Ohne Gegenstimmen legte die Regionalversammlung Mittelhessen 2016 im Teilregionalplan Energie die WEA-Standorte fest, darunter auch die in Marburg. Die Entscheidung, dass Windkraftwerke gebaut werden, ist also bereits gefallen. Vorgesehene Planungen riefen aber immer wieder Bürgerinitiativen auf den Plan, so dass sich auf diesem Gebiet in Marburg noch zu wenig bewegt hat.

Im Sommer 2020 hat das Stadtparlament mit den Stimmen von SPD/Grünen/Marburger Linke den Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Jahr 2020

in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Marburg die Planungen zum Bau von Windkraftanlagen in eingeübten Formen kommunaler Bürgerenergie, möglichst in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand, auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg nach den Vorgaben des mittelhessischen Regionalplans mit Ziel aufzunehmen, so schnell wie möglich die höchstmögliche Zahl an Anlagen zu errichten.

- dabei sicherzustellen, dass die besonders betroffenen Bürger*innen sich an Anlagen wirtschaftlich beteiligen können sowie dass ein Teil der Erträge den besonders betroffenen Ortsteilen zugute kommt.
- in Zusammenarbeit mit dem Bürgerforum der Hessischen Landesenergieagentur Informationsveranstaltungen zu den Standorten und zur Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Stadtgebiet zu planen und durchzuführen.

Nach Auffassung der Marburger Linken soll die Nutzung alternativer Energien unter folgenden Bedingungen geschehen:

Planmäßiger Aufbau einer dezentralen, gemeinwohlorientierten, sozialen Energieversorgung durch regenerative Energien unter verstärkter Beteiligung der Stadtwerke;

- Ausbau der Windkraft durch die Stadtwerke auf dem Gebiet der Stadt Marburg mit einer Beteiligung der Bürger*innen an den Einnahmen;
- Förderung und Stärkung von Energiegenossenschaften.

2. Was sind Ihre Vorstellungen für die klimaneutrale Bereitstellung von Wärmeenergie in Marburg? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?

Derzeit wird ein Großteil der Wärmeenergie in Marburg noch durch fossile Energieträger, wie beispielsweise Erdgas oder Heizöl erzeugt – die auch nur vermeintlich „günstig“ erscheinen, da die Kosten der Schäden an der Natur auf die Allgemeinheit umgelegt werden. Auch durch Strom erzeugte Wärmeenergie ist (abseits von Ökostromtarifen) natürlich klimarelevant und basiert (je nach Strommix) mindestens teilweise auf fossilen Brennstoffen. Diese sind seit Anfang des Jahres durch die CO₂-Bepreisung, politisch gewollt, verteuert worden. Steigende Energiekosten belasten daher Menschen mit wenig Geld besonders stark – zumal deren Wohnungen oft auch nicht optimal gedämmt bzw. energetisch saniert sind.

Wir sind für sozial-ökologische Maßnahmen, die primär darauf abzielen Wärmeenergie einzusparen (nicht verbrauchte Energie vor Effizienzsteigerungen), gleichzeitig aber nicht zu Lasten ökonomisch benachteiligter Menschen gehen dürfen. Beispielsweise kann eine Senkung des Wärmebedarfs durch warmmietneutrale energetische Sanierungen öffentlicher Wohnungsbaubestände, insbesondere der städtischen GeWoBau, erreicht werden. Ebenso muss es darum gehen, ökologisch sinnvolle Investitions- bzw. Förderprogramme aufzulegen bzw. deutlich auszubauen, um Eigenheimbesitzer*innen und Vermieter*innen Anreize für klimafreundliche Umrüstungen ihrer Wärmeenergieerzeugung zu geben. Auch eine dezentrale, gemeinwohlorientierte, soziale Energieversorgung durch regenerative Energien ist Teil unserer Agenda. Daher könnte auch eine Förderung bzw. der massive Ausbau von Solarthermie zu einer mittelfristig klimaneutralen und dezentralen Bereitstellung von Wärmeenergie in Marburg beitragen. Im Bereich der Fernwärme der Stadtwerke sind die Schlagwörter ein Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, Effizienzsteigerungen sowie der Einsatz von klimaneutralen Brennstoffen. Sozial-ökologische Konzepte brauchen nach unserem Dafürhalten generell Akzeptanz sowie eine gute und breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, von Verbänden, lokalen Initiativen und den betroffenen Menschen der Stadtgesellschaft.

3. Wie wollen Sie den energetischen Sanierungsstau im Gebäudebestand Marburgs aufheben?

Energetische Sanierungen kosten die Stadt zwar auf den ersten Blick „viel“ Geld, amortisieren sich (bei vernünftiger Planung und Umsetzung) jedoch oft bereits nach einigen Jahren und müssen daher zukünftig mit Nachdruck sowie einer Steigerung der finanziellen Mittel angegangen werden (deutliche Erhöhung der Sanierungsquote). Argumente für energetische Sanierungen sind neben den Einsparungen durch sinkende Energiekosten (weniger Verbrauch) auch die weitere Verteuerung fossiler Brennstoffe durch die CO₂-Bepreisung (Mehrkosten für klimaschädliches Verhalten). Für die Marburger Linke gehören die Einhaltung und Erreichung der Ziele aus dem Klimaaktionsplan 2030 zu unseren klimapolitischen Kernforderungen. Zum Erreichen der Klimaneutralität Marburgs sowie

auch, um als Gesellschaft die Pariser Klimaziele noch erreichen zu können, sind energetische (und für Mieter*innen warmmietenneutrale) Sanierungen unabdingbar und ein Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang sei noch auf den Richtsberg und die dortigen Mieterhöhungen der GWH verwiesen. Aufgrund von energetischen Sanierungen mussten sich die Mieter*innen mit massivem Widerstand gegen die unsozialen Mieterhöhungen zur Wehr setzen. Wir denken daher das Ökologische immer mit dem Sozialen zusammen, Klimaschutz und klimafreundliches Verhalten darf keine Frage des Geldbeutels sein.

4. Wie stehen Sie zur Nutzung von Kleinwasserkraftanlagen an der Lahn, insbesondere dem bereits projektierten Wasserrad an der Ölmühle?

Für diese kleine Anlage an der Lohmühle sind im laufenden Haushalt der Stadt Mittel eingestellt. Eine Förderung des Landes ist ebenfalls in Aussicht. Der Ortsbeirat Südviertel hatte die Vorstellungen gut geheißen. Die Planungen gehen schon weiter zurück bis vor diese Wahlperiode.

Das Projekt ist gedacht als Wiederbelebung/Neuaufbau an der Lohmühle und wird von den Kapazitäten her keine große Wirkung für den Energiehaushalt der Stadt haben. Über die Einspeisung der gewonnenen Energie ist noch nicht entschieden, früher war das naheliegende TTZ im Gespräch. Es soll zugleich Lehrcharakter haben und wird mit einer kleinen Info-Tafel ausgestattet. Als kleine Wasserkraftanlage könnte es auch für Tourist*innen attraktiv sein.

An der vorgesehenen Stelle, an der bereits eine der vielen Lahnmühlen stand, ist dies ein sinnvolles Projekt.

5. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um dem Biodiversitätsverlust im Stadtgebiet entgegen zu wirken?

In der letzten Sitzung des Stadtparlaments in dieser Wahlperiode wurde im Januar 2021 auf Antrag der Marburger Linken „Gemeinschaftsgärten als umweltfreundliche Aufwertung des Wohnumfelds“ beschlossen.

Umfassendere Ziele haben wir uns zu dieser Fragestellung in unserem Kommunalwahlprogramm gesetzt:

- verstärkte Begrünung und Beschattung öffentlicher Flächen, vom Schulhof über Dächer, Spielplätze, Aufenthaltsorte für Jugendliche und Bushaltestellen;
- die Erarbeitung und Umsetzung eines Klima- und Begrünungskonzepts für die Marburger Oberstadt;
- die Erarbeitung und Umsetzung einer städtischen Richtlinie zur Reduktion von öffentlicher und privater Lichtverschmutzung zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzenwelt;
- regelmäßige Kontrolle und Ahndung von Bodenverseuchung durch Pestizide, Salz, Schwermetalle und andere Bodenschadstoffe;
- ökologische, zurückhaltende und geräuscharme Grünpflege;
- Schutz des Grüner Wehrs;
- Stadtgärten bzw. Felder in Stadtnähe zur Bewirtschaftung durch Bürger*innen.

Die Marburger Linke hat sich darüber hinaus im parlamentarischen Rahmen im Sommer 2019 mit dem Trend zu Schottergärten befasst und folgende Initiative ergriff:

- „Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie dem Trend zu Schottergärten, auch Gärten des Grauens genannt, entgegengewirkt und die naturnahe Gestaltung von Vorgärten an privaten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden kann.
- Bei der Erteilung von Baugenehmigungen soll die natürliche Gestaltung von Vorgärten und nicht bebauten Flächen durch heimische Pflanzen zur Auflage gemacht werden. Gehwege und Stellflächen sind in eingeschränktem Maß ausgenommen.
- Durch Aufklärung und Anreize sollen bereits angelegte Schottergärten wieder natürlich gestaltet werden.
- In das Konzept soll auch die Begrünung von Flachflächen beim Neu- und Umbau von Gebäuden oder Gebäudeteilen, Tiefgaragen und deren überdachten Zufahrten einbezogen werden.“

Im August 2019 sind diese Formulierungen in einen weniger entschiedenen Antrag des Stadtparlaments eingegangen.

6. Wie stehen Sie zur weiteren Renaturierung der Lahn und anderer Fließgewässer im Stadtgebiet? Welche konkreten Maßnahmen in dieser Hinsicht planen Sie?

Wir begrüßen Renaturierungsmaßnahmen der Lahn, so wie zuletzt beispielsweise zwischen Gisselberg, Cappel und Ronhausen. Solche Maßnahmen eröffnen zahlreichen Tier- und Pflanzenarten neue Lebensräume (Schutz und Verbesserung der Biodiversität).

Renaturierungen leisten einen erheblichen Beitrag zum Hochwasserschutz, indem neue Überflutungsflächen geschaffen werden und auch in Dürrezeiten bieten die Rinnen und Senken Vorteile für die Wasserhaltung. Flussrenaturierungen sind sie im Sinne einer lokalen Klimafolgenanpassung daher unverzichtbar. Wir alle müssen uns auf eine Zunahme von Extremwetterereignissen (Hitze, Dürren und Überflutungen) einstellen, dies wird von der Wissenschaft vorhergesagt und lässt sich auch selbst immer häufiger beobachten. Die Marburger Linke sieht diese Entwicklung mit großer Sorge und hält darüber hinaus auch eine deutliche Reduktion des Flächenverbrauchs bis hin zu Versiegelungsverboten für gute und schützenswerte Böden für klimapolitisch geboten.

Unser Wahlprogramm beinhaltet keine eigens ausgewiesenen Renaturierungsmaßnahmen, jedoch u.a. den Schutz des Grüner Wehrs. Zur Erarbeitung von Maßnahmen halten wir den Austausch und die dauerhafte Einbeziehung von Umweltverbänden und Fachpersonen für unverzichtbar.

7. In welcher Form wollen Sie sich dem Problem des weiterhin wachsenden Flächen- und Landschaftsverbrauchs stellen? Haben Sie konkrete Ideen oder Vorschläge, wie man im Marburger Stadtgebiet den Netto-Flächenverbrauch auf null reduzieren könnte? Wenn ja, welche?

Für neue Gewerbeflächen im Stadtgebiet Marburg müssen Flächen geprüft werden, die jetzt schon versiegelt sind, nicht nur eingeschossige Flachbauten errichten, sondern wo es immer möglich ist, weiter verdichten ohne neuen Boden dadurch zu versiegeln. Es ist eine notwendige Strategie, weitere Bodenversiegelung in Gewerbegebieten zu reduzieren, indem

zukünftig nur noch mehrgeschossige Gebäude genehmigt werden.

Dies muss und kann man in Bauleitplänen verankern und man müsste bestehende Bebauungspläne mit dieser Option nachträglich prüfen.

Konkret steht die Neuplanung für den Bereich ehemaliger Edeka-Markt in der Nordstadt an. Hier macht die Marburger Linke den Vorschlag, über einem möglichen Nahversorger im Erdgeschoss Wohnungen im bezahlbaren Mietpreisbereich zu errichten. Hier handelt es sich um weitgehend versiegelte Fläche, so dass auch ein innerstädtisches Begrünungskonzept für diesen Bereich entwickelt werden kann. Ähnliches geschieht am oberen Rotenberg. Die Marburger Linke hält es für sinnvoll, solche Optionen für bereits bestehende Flachbauten zu prüfen.

8. Wie sollen Ihrer Meinung nach stadteneigene Grünflächen in Zukunft gestaltet werden? Was sind Ihre Pläne für die im Eigentum der Stadt befindlichen Waldflächen?

In unserem Wahlprogramm fordern wir dazu die Erarbeitung und Umsetzung eines Klima- und Begrünungskonzepts für die Marburger Oberstadt, das perspektivisch auf die ganze Stadt ausgedehnt werden muss. Wir setzen uns für eine ökologische, zurückhaltende und geräuscharme Grünpflege sowie eine regelmäßige Kontrolle und Ahndung von Bodenverseuchung durch Pestizide, Salz, Schwermetalle und andere Bodenschadstoffe ein. Die Förderung und der Erhalt städtischer Biodiversität spielt dabei eine zentrale Rolle. Ebenso dürfen nicht leichtfertig aus Biotopen oder Blühstreifen Parkplätze gemacht werden, wie zuletzt in der Straße Richtung Aquamar geschehen. Die Gestaltung der städtischen Grünflächen könnte auch im Sinne von „Probier mal Marburg“ und Urban Gardening ausgebaut werden – auch hierzu ist die Expertise von Umweltverbänden und Fachpersonen wünschenswert und wichtig. Erwähnt seien auch noch die interkulturellen Gärten in Marburg (Stadtwald und Richtsberg). Für den Stadtteil Richtsberg hatte die Marburger Linke ein Quartierskonzept beantragt, das explizit Gestaltungsformen wie „Essbare Stadt“ und urbanes Gärtnern vorgesehen hatte – leider fand dieser Antrag keine Mehrheit im Stadtparlament.

Zum Wald, der per se einen unschätzbaren Wert an sich hat, sei es zur Erholung oder auch im Sinne eines positiven Beitrags bei der Kühlung des (Stadt-)Klimas: Als Kommune haben wir nur Zugriff auf Waldgebiete, die im Eigentum der Stadt Marburg sind. Mit Hessen-Forst könnte man über weitere Flächen reden, die ebenfalls im Stadtgebiet liegen. Konkret könnte das Waldgebiet zwischen Wehrda-Marbach-Michelbach aus der wirtschaftlichen Nutzung herausgenommen werden. Dieses Gebiet ist aber klein parzelliert und gehört zum Teil vielen einzelnen Waldbesitzer*innen – allerdings wurde etwa ein Drittel der Waldfläche rund um den Pharma-Standort Görzhausen von Pharmaserv aufgekauft. In diesem Bereich im Wald sollen zwei Wasserbehälter mit einem Fassungsvermögen von 10.000m³ gebaut werden, was klimapolitisch höchst fraglich und noch nicht wissenschaftlich ausdiskutiert ist.

In der Januarsitzung 2021 des Stadtparlaments wurde weiterhin der folgende Antrag von SPD/CDU/BfM eingebracht: „Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, wenigstens zwei Naturwaldzellen mit jeweils wenigstens 15 ha Fläche im Stadtwald auszuweisen. Jegliche forstliche Nutzung ist dort einzustellen und die ausgewiesenen Flächen sollen sich selber überlassen sein, so dass ein naturnaher Wald entstehen kann.“ Die Marburger Linke hat diesem Antrag zugestimmt, aber sehr kritisch angemerkt, dass diese

Maßnahme auch als „Ausgleich“ im Zusammenhang mit den (weiter andauernden) Abholzungen/Rodungen zum Weiterbau der A49 im Dannenröder Wald, dem Herrenwald und dem Maulbacher Wald verstanden werden kann. Solche Maßnahmen dürfen keinen solchen Alibicharakter tragen.

Klimabelange und die Wasserversorgung werden zunehmend wichtig für die Entwicklung einer Stadt. Die Stadt Marburg soll und ist gewillt als Oberzentrum in Mittelhessen weitere Siedlungs-, Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Das wird die Luftqualität, die Frisch- und Kaltluftzufuhr verschlechtern. Es wird das Anzapfen neuer Quellen und Wasser Ressourcen erforderlich machen und bringt Konflikte:

In der nahen Vergangenheit wurde entgegen den Empfehlungen eines wissenschaftlich fundierten Klima-Gutachtens eine Befreiung von einem Bebauungsplan gewährt, die industrielle Belange vor – im Bebauungsplan selbst dokumentierte – Klimabelange setzte. Im Masterplan, der den Ausbau der Behring Nachfolgefirmen unterstützt, ist die Wasserversorgung noch nicht gesichert.

9. Klimabelange und die Wasserversorgung werden zunehmend wichtig für die Entwicklung einer Stadt. Die Stadt Marburg soll und ist gewillt als Oberzentrum in Mittelhessen weitere Siedlungs-, Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Das wird die Luftqualität, die Frisch- und Kaltluftzufuhr verschlechtern. Es wird das Anzapfen neuer Quellen und Wasser Ressourcen erforderlich machen und bringt Konflikte: In der nahen Vergangenheit wurde entgegen den Empfehlungen eines wissenschaftlich fundierten Klima-Gutachtens eine Befreiung von einem Bebauungsplan gewährt, die industrielle Belange vor -im Bebauungsplan selbst dokumentierte- Klimabelange setzte. Im Masterplan, der den Ausbau der Behring Nachfolgefirmen unterstützt, ist die Wasserversorgung noch nicht gesichert. Wie möchten Sie und Ihre Partei in Zukunft angesichts des aufgezeigten Spagats die natürlichen Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in Marburg erhalten?

Bezugnehmend auf den Punkt der Gewerbegebiete sei darauf hingewiesen, dass die Stadt Marburg offenbar in der Cappeler Lahnaue – von der Südspange fast bis Gisselberg – ein großes neues Gewerbegebiet plant. Die Bedeutung der Lahnaue vor dem Hintergrund der Klimakrise – als eine städtische Frischluftschneise sowie als offizielles Überschwemmungsgebiet – ist hinlänglich bekannt. Die Marburger Linke kämpft deshalb gegen eine Gewerbeansiedlung in den Lahnaue, die dieses wichtige Erholungsgebiet zerstören würde. Zum Thema Wasser wurde bereits in der vorigen Antwort auf die lokale Problematik hingewiesen. Wasser ist eine begrenzte und schützenswerte Ressource, auch hier braucht es neue Konzepte und kein weiter so.

Grundsätzlich, für uns gilt in allen Bereichen der Stadtpolitik das sozial-ökologische Postulat – Entscheidungen dürfen nicht mehr zuungunsten der Pariser Klimaziele getroffen werden. Gleichsam muss lokale Politik dabei sozial-gerecht sein, es darf nicht zugelassen werden, dass Reiche das Klima verpesten und Menschen mit wenig Geld mit den Umweltfolgen, höheren Preisen und Mieten belastet werden. Wir fühlen uns dem Klimaaktionsplan verpflichtet und haben diesen zuletzt über einen Antrag im Stadtparlament um eine Kontroll- und Berichtspflicht des Magistrats erweitern können. Es braucht neben politischen Entscheidungen und Veränderungen auch ein neues Verständnis von Mobilität oder auch

Wohlstand. Auch hier sollen unsere Konzepte und Ideen, z.B. ein Grundrecht auf Mobilität durch einen kostenfreien ÖPNV anstelle eines vermeintlichen Rechts auf ein Auto in der Stadt, dazu beitragen, dass Marburgs sozial-ökologisch wird. Gerne möchten wir Sie für weitere Details auch auf unser Wahlprogramm verweisen, das Sie jederzeit auf unserer neuen Webseite einsehen können: <https://www.die-linke-marburg.de/wahl-2021/marburg/vorwort>

10. In Marburg -so zeigt die Vergangenheit und Gegenwart- werden BürgerInnen frühestens in die Planungsangelegenheiten der Stadt eingebunden, nachdem die grundlegenden Entscheidungen und Weichenstellungen bereits getroffen worden sind. Sie werden verwiesen auf einen nachgeschalteten Zeitpunkt, zu dem die Bürgerbeteiligung nicht mehr vermieden werden kann, weil sie im Baugesetzbuch vorgeschrieben ist. Können Sie dem in 2011 von der SPD Fraktion vorgeschlagenem Konzept zur Bürgerbeteiligung zustimmen? „Bürgerbeteiligung darf nicht zum Mittel degradiert werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen für vorher unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasste Beschlüsse. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von Anfang an einbezogen werden, also bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird. Beteiligungsprozesse müssen ergebnisoffen sein. Dies bedeutet einen grundlegenden Wechsel in der Planungskultur: Transparenz statt Diskussionen hinter verschlossenen Türen, eine umfassende Öffnung der Planungsverfahren und ein neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis von Politikern und Verwaltungen.“ (SPD-Bundestagsfraktion, 2011) Wenn Sie dem Konzept zustimmen, geben Sie konkrete Vorschläge, wie eine Bürgerbeteiligung zukünftig in Marburg umgesetzt werden soll. Sie können es an einem Beispiel aufzeigen.

An zwei Beispielen möchten wir skizzieren, wo im durchaus zu begrüßenden Sinn des SPD Bundestagsfraktion Beschlusses 2011 vorgegangen wurde, allerdings nennen wir auch ein negatives Beispiel.

Wir erinnern uns sicherlich noch alle an die frühzeitige Einbeziehung Marburger*innen was die Ausweitung neuer Wohngebiete anbelangt, konkret Standortanalyse in Marburgs Westen. Unter die Lupe wurde der Obere Rotenberg/ Höhenweg genommen, sowie am Stadtwald der Hasenkopf. Zunächst gab es eine Auftaktveranstaltung, in der die Projekte und Standorte vorgestellt wurden, danach fanden in den jeweiligen Gebieten Spaziergänge statt, wozu breit eingeladen und beteiligt wurde und auch verschiedenste Diskussionsforen stattfanden bis zu Workshops, mit abschließender Präsentation über die städtische Homepage. Auch wurden diese Ergebnisse, welche sich auf einen Zeitraum von etwa einem Jahr bezogen, in die Magistratsvorlage für den Stadtverordnetenbeschluss eingepflegt. Es gab verschiedene Formate, welche die ganze Zeit über transparent zugänglich waren, um einen späteren Einstieg noch zu gewährleisten. Beteiligt haben sich viele Marburger*innen, neben Anwohner*innen auch Marburger*innen aus dem ganzen Stadtgebiet. Natürlich wurden auch berechtigte kritische Stimmen laut, vor allem was die Umweltaspekte betrifft, oder die ohnehin schon herausfordernde Verkehrsbelastung, hier muss weiterhin um akzeptable Lösungen gerungen werden.

Neuestes Projekt ist die Umgestaltung in der Beltershäuserstraße, auch hier soll bezahlbarer Wohnraum entstehen gemeinsam mit dem Landkreis. Bisher wurden die beiden Ortsbeiräte Cappel und Richtsberg in die ersten Überlegungen einbezogen. Übergeordnetes Ziel die

trennende Beltershäuserstraße beider Stadtteile möglichst verschwinden zulassen. Ein Freiflächenkonzept für dieses Gebiet zu entwickeln was die Aufenthaltsqualität erhöht sogar erst schafft. Synergieeffekte nutzen. bspw. Gemeinsame Nutzung der Sportanlagen, Vereinsheime, Spielanlagen oder Arztpraxen und Nahversorger in unmittelbarer Nachbarschaft fußläufig, mit dem Rad oder Bus attraktiv zu erreichen.

Ein Beispiel aus dem gleichen Zeitfenster kurz angerissen, die die Eingangsthese leider bestätigt, dass Bürgerbeteiligung erst eine Rolle spielt, wenn es durch die Baugesetzgebung vorgeschrieben wird, nämlich die Umgestaltung Temmlerareal bis hin zum Marburger Südbahnhof. Hier wurde nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften agiert und damit eine große Chance vertan analog zu den oben skizzierten Wegen, ganz andere Wege zu gehen und die Marburger*innen mit einzubeziehen wie ein neues Viertel gestaltet werden kann.

Renate Bastian, Kandidatin für das Amt als Oberbürgermeisterin für die Kommunalwahl am 14. März 2021